Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 60 (1980)
Heft: 8

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Kommentare

STRAPAZIERTE VOLKSHERRSCHAFT

Nicht nur die Jugend . . .

Die Betroffenheit ist allgemein: Die Zürcher Opernhauskrawalle mit den überbordenden Demonstrationen Jugendlicher haben der bangen Frage gerufen, wie es in unserem vermeintlich so wohlgeordneten Land zu diesen Ausschreitungen kommen konnte und wohin diese noch führen. Zunächst hat der Aufstand in unserer grössten Schweizer Stadt, der sich nicht zum ersten Mal an der Forderung nach einem autonomen Jugendzentrum entzündet hat, zu gleichgerichteten – offenbar von Zürich aus gelenkten – Demonstrationen in Bern und Basel geführt. Die Stadtbehörden haben in ihrem Bestreben, die Gemüter nicht noch mehr zu erhitzen, nach Auffassung des auf Ruhe und Sicherheit bedachten Bürgers in den kritischen Stunden ungleich gute Figur gemacht. Ob mit Nachgiebigkeit oder entschlossener Härte mehr zu erreichen ist, darüber gehen im Zeitpunkt, da diese Überlegungen niedergeschrieben werden, die Meinungen diametral auseinander. Doch ist ihr Ziel weder die Auslotung offenbar bestehender Jugendprobleme noch die Klärung der umstrittenen Methoden, wie mit vor Gewaltanwendung nicht zurückschreckenden Unmutsregungen sich zurückgesetzt vorkommender Minderheitsgruppen am besten fertig zu werden ist. Vielmehr sei versucht, die jüngsten Störungen der demokratischen Auseinandersetzung in unserem Staat im grösseren Zusammenhang der Entwicklung der Aufgaben eines ursprünglich auf bescheidene Einflussbereiche sich beschränkenden Staatswesens und des Ausbaus des Instrumentariums zur Bewältigung des sich zunehmend erweiternden Staatseinflusses zu erörtern.

Denn es ist nüchtern festzustellen, dass die befremdliche Erscheinung staatsbürgerlicher Ungebärdigkeit, wie sie sich in den Jugendrevolten manifestiert, keine auf die Jugend isolierte Spezialität ist, ja, dass mit ihr auch keineswegs die grosse Mehrheit der Schweizer Jugend identifiziert werden darf. Die Ursprünge der alle Fesseln der von Verfassung und Gesetz gesetzten demokratischen Ordnung sprengenden, neuartigen Auseinandersetzungen sind anderswo zu suchen. Es drängt sich vor allem der Hinweis auf die unter der falschen Etikette «gewaltfreie Aktionen» mit unverkennbaren Teilerfolgen agierenden Bürgerinitiativen gegen die Atomkraftwerke auf. Es muss aber wohl auch an die unliebsamen Begleiterscheinungen bei der Austragung des Jurakonflikts erinnert werden, der dadurch gekennzeichnet war, dass in aller Offenheit die Drohung mit Gewalt zur Stärkung an sich vertretbarer Argumente eingesetzt wurde, die für einen Volksteil, der sich als Anhängsel

eines mentalitätsmässig grundverschiedenen deutschschweizerischen Kantons trotz aller Zugeständnisse nicht wohl fühlte, die Selbständigkeit verlangten. Man hat es als «Klugheit» des Schweizervolkes gefeiert, dass diese Selbständigkeitsregungen schliesslich durch einen Verfassungsakt legalisiert wurden, aber die Schatten einer systemwidrigen Zwängerei lasten auf der Entstehungsgeschichte des Kantons Jura und erscheinen um so schwärzer, als Fanatiker der Einheit des Jura das heute Erreichte nicht als Endziel betrachten, sondern, angestachelt vom Erfolg, mit denselben Methoden weiter agieren.

Man hat hier wie dort auch eine unter ganz anderen Voraussetzungen im Ausland gewachsene Philosophie zur Begründung der Austragung der Konflikte mit andern als demokratischen Mitteln zur Hand. Ob man wie der unbelehrbare Hasser des schweizerischen Bundesstaates, Roland Béguelin, unsern Staat als Ungeheuerlichkeit ablehnt, oder wie der Mitbegründer der «gewaltfreien Aktion Kaiseraugst», Daniel Wiener, schlicht die Abschaffung des Mehrheitsprinzips verkündet, mit dem dieser Staat bis jetzt regiert worden ist, kommt letztlich auf eins heraus: Radikalisierte Minderheiten wollen unsere überkommenen Institutionen der Willensbildung nur noch so weit anerkennen, als die Mehrheit ihnen recht gibt: «Dieser Staat lässt uns keine Wahl. Er zwingt uns in die Illegalität, in die direkte Aktion, denn wir haben nicht genügend legale Methoden, um anders die Mehrheit zu gewinnen oder gesamtschweizerisch einen Kampf erfolgreich zu bestehen», so lautet die Rechtfertigung Wieners in einem von der «Basler Zeitung» am 14. Januar 1978 abgedruckten Beitrag. Kann es verwundern, dass solche Argumentation bei Jugendlichen, die sich schwer damit tun, in unserer unbestrittenermassen «mühsamen» Regierungsform der direkten Demokratie sich zurecht zu finden, Nachbeter findet?

Formen der Veränderung

Die Frage ist gestellt: Reichen die unserem Staat gegebenen Formen nicht mehr aus, das Land in demokratischer Weise zu regieren? Ist die «Volksherrschaft» nicht mehr imstande, durch Mehrheitsentscheide die gemeinsamen Angelegenheiten zu ordnen, ohne Minderheiten zu vergewaltigen? Ob, wie das für die repräsentative Demokratie zutrifft, das Volk der Stimmberechtigten nur über das Grundgesetz entscheidet und die ihm verantwortlichen Behörden wählt, oder ob es in der direkten Demokratie auch zur Beantwortung von Sachfragen an die Urnen gerufen wird – wesentlich ist am demokratischen Prinzip die Mitwirkung gleichberechtigter Staatsbürger in freier Willensäusserung.

Als unser Bundesstaat von 1848 gegründet wurde, war seine Verfassung ein denkbar einfach aufgebautes Gebilde. Das Hauptaugenmerk wurde damals aus den historischen Gegebenheiten heraus, die es nahelegten, auf die kantonalen Empfindlichkeiten Rücksicht zu nehmen, auf die Wahrung der Rechte der Gliedstaaten gerichtet. Das hat zur Schaffung des Systems von zwei völlig gleichberechtigten Kammern der Vertreter des Volks und der Kantone geführt, durch

die sich der schweizerische Staatsaufbau von dem Aufbau anderer Staaten abhebt. Die gleiche Achtung des Minderheitenschutzes fand ihren Niederschlag in der separaten Zählung der Standesstimmen bei Volksabstimmungen. Auch das Regierungssystem nahm auf kantonale Traditionen Bedacht: es war dem der Kantone nachgebildet. Der Bundesrat wurde als Kollegialbehörde bestellt, deren Mitglieder gemeinsam die Regierungsverantwortung tragen. Ebenso war die Stellung des Bundespräsidenten darauf angelegt, die Entstehung von «Machtpositionen» zu verhüten, die eidgenössischem Wesen widersprochen hätten; das Amt wechselt im Jahresturnus unter den Sieben. Die Konstanz der Regierungstätigkeit wird dadurch gewährleistet, dass das Kollegium für eine mehrjährige Legislaturperiode fest gewählt wird und nicht durch einen Misstrauensentscheid des Parlaments gestürzt werden kann.

Die oberste Gewalt im Bund blieb dem Bürger vorbehalten, dem als Souverän die Bestellung der beiden Kammern des Parlaments und das letzte Wort bei Verfassungsänderungen zusteht. Im Unterschied zu heute war allerdings die entscheidende Mitsprache des Bürgers bei Verfassungsrevisionen im wesentlichen auf eine Art «Vetorecht» beschränkt: vom Parlament beschlossene Verfassungsrevisionen unterstanden dem obligatorischen Referendum, wie es für solche Akte auch heute noch gilt. Das «positive» Mitspracherecht, aus dem Volk heraus eine Revision der Verfassung selber veranlassen zu können, war noch durch das komplizierte Verfahren eingeengt, wie es für die Auslösung einer Totalrevision der Bundesverfassung vorgesehen ist: 50 000 Stimmberechtigte konnten die Veranstaltung einer Volksabstimmung über die Anhandnahme einer solchen Revision veranlassen, worauf gestützt auf die Mehrheit von Volk und Ständen das Parlament aufgelöst und die Räte neu gewählt werden müssten. Das Verfahren ist nie zur Anwendung gekommen; die bisher einzige Totalrevision von 1874 ist vom Bundesrat in die Wege geleitet worden.

Erweitertes Instrumentarium

Die Revision von 1874 hat neben dem Ausbau der Kompetenzen des Bundesstaates, dessen Gründung und Überführung aus dem lockeren Staatenbund in ein handlungsfähiges Staatswesen der Überlegung gefolgt war, die nationale Sicherheit nach aussen besser abzuschirmen und den Wohlstand im Innern des Landes zu mehren, auch zur Einführung eines neuen Volksrechtes geführt. Es wurde das fakultative Gesetzesreferendum geschaffen, zu dem wiederum die Erfahrungen mit diesem Instrument in verschiedenen Kantonen geführt hatten. Die revidierte Bundesverfassung sprach 30 000 Bürgern oder 8 Kantonen das Recht zu, die Volksabstimmung über Bundesgesetze und allgemein verbindliche Bundesbeschlüsse zu verlangen. Das war eine erste bedeutsame Erweiterung des Mitgestaltungsrechtes des Bürgers in seinem Staat.

Es hatte mit dieser einen Ergänzung des Willensbildungsapparates nicht lange sein Bewenden. Am 5. Juli 1891 ist das Instrumentarium durch die Volksinitiative auf Partialrevision der

Bundesverfassung in viel wesentlicherer Weise erweitert worden. Den Ausschlag für die Neuerung gab das Unbehagen der damaligen konservativen Opposition im von den Radikalen beherrschten Staat. Die Opposition erhielt nun das Recht zugesprochen, über eine ablehnend eingestellte Parlamentsmehrheit hinweg einen konkreten Antrag auf Änderung des Staatsgrundgesetzes dem Volk zum Entscheid vorlegen zu können. An eine solche Ausweitung der Volkskompetenzen hat der Verfassungsgeber von 1848 bei aller Fortschrittlichkeit – sie hatte im Satz ihren Niederschlag gefunden, dass die Bundesverfassung «jederzeit ganz oder teilweise revidiert werden» könne – nie gedacht. Das Recht, Inhalt und Form der Verfassung zu bestimmen, sollte nach damals geltender Auffassung der Bundesversammlung vorbehalten bleiben. So war denn auch 1880 noch die von einem ungeduldigen Schaffhauser, Nationalrat Dr. med. Wilhelm Joos – wegen seiner Regsamkeit mit dem Übernamen «Motionen-Joos» bedacht –, lancierte Volksinitiative auf Einführung des Banknotenmonopols von einem bestürzten Parlament als dem Geist der Bundesverfassung widersprechend abgelehnt und dem Volk nur als Grundsatzfrage – Verfassungsrevision, ja oder nein? – vorgelegt worden. Dieses hat ebenfalls nein gesagt. Elf Jahre später war aber die Zeit gekommen, die beide Fragen – die Grundsatzfrage der Initiative auf Partialrevision und die Sachfrage des Banknotenmonopols – im Sinne des Initianten beschied. Die Episode ist in William Rappards Jubiläumsgeschichte «Die Bundesverfassung 1848—1948» nachzulesen.

Inflation der Initiativen

Ist mit dem Ausbau der Volksrechte Gutes gewirkt worden? So sehr sich die Auffassung eingenistet hat, dass mit der leichten Revidierbarkeit der Verfassung ernstere Auseinandersetzungen verhütet werden könnten, wobei es zutrifft, dass Revolutionen oft ihre Ursache in allzu schwer überwindlichen Hindernissen für Verfassungsrevisionen gehabt haben, zeigen Erfahrungen in jüngerer Zeit, dass das Anschwellen der Initiativen andere Schwierigkeiten bereitet, die sich auf die Regierbarkeit des Staates nachteilig auswirken.

Es sei vor der Illustration dieser jüngsten Entwicklung mit statistischen Fakten ein Aufsatz zu Rate gezogen, den Professor Hans Huber im Vorfeld der Erhöhung der Unterschriftenzahlen für Initiative und Referendum, wie sie in der Volksabstimmung vom 25. September 1977 nach hartem Kampf gutgeheissen wurde, in der «Neuen Zürcher Zeitung» vom 16. Januar 1976 veröffentlicht hat. Der bekannte Staatsrechtler hat zum erweiterten Initiativrecht einige skeptische Überlegungen angestellt, die in der Zwischenzeit ihre Aktualität nicht eingebüsst haben.

Huber spricht in seiner kritischen Würdigung der Volksrechte von einem «nicht zu Ende gedachten System», von «fehlender Zusammenschau» und «Störung der Repräsentation». So weist er darauf hin, dass bei der Festlegung der Institutionen des Bundes zu wenig Bedacht auf das Zusammenspiel der Gewalten genommen worden sei. Der schon erwähnte Umstand, dass unsere Regierung, im Unterschied zu den Regierungen anderer Demo-

kratien, nicht vom Vertrauen des Parlaments abhängig ist, gewähre zwar den Vorzug einer kontinuierlichen Regierungsarbeit, habe sich aber mit der Ausweitung des Aufgabenkreises des ursprünglich äusserst begrenzten Kleinstaates als für die Herstellung des Konsenses zwischen der Regierung und einer sich rasch wandelnden Gesellschaft nachteilig auswirken müssen.

Wohl habe man dieser Erkenntnis durch den geschilderten Ausbau der Volksrechte Rechnung zu tragen versucht. Aber die neuen Rechte seien einfach an die bestehenden Rechte «angereiht» worden, ohne an diesen etwas zu ändern. Spätestens hätte man bei der Einführung des Proporzparlaments, das einen wichtigen Grund für die Erweiterung der Volksrechte – die Vorherrschaft des Freisinns – beseitigte, die fällige Korrektur vornehmen sollen. Man hat 1919 die Konsequenzen noch nicht überblickt. Die Volksrechte sind dem Behördensystem gegenübergestellt geblieben, so dass zwei gegensätzliche Gewalten miteinander konkurrieren, statt das Zusammenspiel zu suchen. Das äussert sich beispielsweise darin, dass die vor jeder Neuwahl des Parlaments abgegebenen und das Wahlergebnis beeinflussenden Wahlversprechen der Regierungsparteien von diesen nicht erfüllt werden können: Regierungs- und Parlamentsbeschlüsse können jederzeit durch einen Sachentscheid des Volkes durchkreuzt werden. Ja das Referendumsrecht wirkt sich heute meist schon in der Vorbereitung der Vorlagen aus, indem von vornherein ein Kompromiss angestrebt wird, mit dem man die Referendumsklippen leichter zu umschiffen hofft. Und was die Volksinitiativen anbelangt, so werden durch sie Regierung und Parlament von wichtigeren und drängenderen Aufgaben abgelenkt, die bei diesem Kräfteverschleiss zu kurz kommen müssen.

Dass solche Perspektiven schon bei der Einführung der Volksinitiative auf Partialrevision von einzelnen Warnern vorausgesehen wurden, wird in Hubers Aufsatz mit einem Zitat des Berner Staatsrechtslehrers Carl Hilty belegt. Hilty hat den heutigen Leerlauf erahnt, als er mit klaren Worten festhielt, dass die Volksinitiative nicht nur einen Teil der Rechtsetzung, sondern im Grunde die Staatsleitung ausserhalb die verantwortlichen Bundesbehörden verlege und in die Hand beliebiger Initianten und Gruppen gebe, zu deren gehorsamer Dienerin sie die Regierung mache. Mit diesem Schritt überschreite unser Staat die schmale Schwelle, «welche die Demokratie von der Demagogie trennt».

Geringe Erfolgsquote

Es hat lange gedauert, bis sich diese Erkenntnis Bahn zu brechen beginnt. – In den ersten Jahren und bis in die letzte Zeit ist von der Initiative massvoller Gebrauch gemacht worden. Zu dieser Zurückhaltung hat möglicherweise beigetragen, dass der Grosszahl der zustande gekommenen Volksbegehren vor dem Souverän wenig Erfolg beschieden war.

Wie einer aus Anlass der Einreichung der Initiative Nummer 100 ausgefertigten Zusammenstellung der Bundeskanzlei aus dem Jahre 1971 zu entnehmen ist, haben in den ersten 80 Jahren des Bestehens dieses Instruments nur sieben Initiativen Gnade

gefunden. Die wichtigsten Partialrevisionen, die auf einen Vorstoss aus der Mitte des Volkes zurückgehen, brachten 1918 die Einführung des Nationalratsproporzes, 1921 das Staatsvertragsreferendum und 1949 die Rückkehr vom Dringlichkeitsrecht der Kriegs- und Krisenjahre zur direkten Demokratie. Die vier andern erfolgreichen Initiativen sind – wie das Schächt- und Absinthverbot und das Verbot der Spielbanken mit seiner späteren Lokkerung – eher als Kuriosa zu werten, die kaum in eine Staatsverfassung gehören. Das Schicksal der übrigen Vorstösse: 46 Begehren sind in der Volksabstimmung verworfen worden, 34 wurden zurückgezogen und 2 – darunter die berüchtigte Chevallier-Initiative – als ungültig beziehungsweise nicht zustande gekommen erklärt. Der Rest war damals noch pendent.

Die seitherige Erfolgsquote präsentiert sich nicht vorteilhafter. Im Gegenteil: von den seit 1971 zum Entscheid gestellten weiteren 23 Begehren ist kein einziges in seiner ursprünglichen Form gutgeheissen worden. Viermal allerdings reüssierten sie in Gestalt eines Gegenentwurfs des Parlaments. Wenn mit diesem letzten Hinweis auch angedeutet wird, dass die Initianten in einigen Fällen ihr Ziel auf diesem Umweg wenigstens teilweise erreichten oder dass von ihnen zur Diskussion gestellte Ideen nach dem offiziellen Misserfolg mit «Spätzündung» in anderer Form sich doch noch Geltung zu verschaffen wussten, steht das Ergebnis in einem kaum vertretbaren Verhältnis zum verursachten Aufwand.

Das scheint allerdings nicht länger Eindruck zu machen. Im Gegenteil: In jüngster Zeit muss man von einer wahren «Initiativenflut» sprechen. Wenn schon im ablaufenden Jahrzehnt rund zwei Dutzend Volksbegehren zum Entscheid gestellt waren, so waren nach einer Zusammenstellung der «Wirtschaftsförderung» am 1. Juli dieses Jahres nicht weniger als 27 neue eidgenössische Volksinitiativen abstimmungsreif, anhängig gemacht, angemeldet oder angekündet. Es kommen dazu 20 weniger verpflichtende Standesinitiativen und noch einmal doppelt so viele parlamentarische Initiativen, die von betriebsamen Volksvertretern neu entdeckt worden sind. Die Szene hat sich in beispielloser Weise belebt, und man fragt sich mit echter Besorgnis, wie das Land auf diese Weise noch vernünftig regiert werden soll. Jedenfalls macht sich gleichzeitig beim Souverän eine zunehmende Müdigkeit geltend, eine Abstimmungs-Abstinenz, der mit allen Abstimmungserleichterungen nicht mehr beizukommen ist. Der Souverän kann seine Aufgabe nicht mehr ernst nehmen.

Wie ist die Erscheinung zu deuten? Aufgrund bestimmter Vorgänge ist nicht zu verkennen, dass ein Teil der ausgebrochenen «Unruhe» künstlich herbeigeführt wird: Mehr und mehr wird das Instrument der Volksinitiative als blosses Propagandamittel missbraucht. Nicht nur von Aussenseitergruppen, die dadurch von sich reden machen möchten. Auch eine an der Landesregierung beteiligte Partei – die Sozialdemokratie – ist dazu übergegangen, auf diese Weise sich zu «profilieren». Sie missbraucht das Initiativrecht neuerdings nicht mehr ausschliesslich, um auf Regierung und Parlament, wo sie sich in ihrer Min-

derheitsstellung genötigt sieht, Kompromisse einzugehen und ihre radikalen Forderungen zurückzustecken, wenn sie Teilerfolge erzielen will, direkten Druck auszuüben. – Der bescheidene Erfolg dieser Methode hat ihr die Grenzen aufgezeigt, die von der konservativen Volksmehrheit gesteckt bleiben. Dafür versucht sie, wie die jeweilen auffällige Häufung von Initiativbegehren vor den Nationalratswahlen zeigt, mit ihrer provokanten Formulierung vermeintlich in der Luft liegender Forderungen beim Wähler Propaganda zu machen. Allerdings auch hier nicht mit durchschlagendem Erfolg.

Daneben ist nun allerdings von der gleichen Seite durch einen Vorstoss im Parlament der Versuch eingeleitet worden, durch eine Änderung des Entscheidungsmechanismus die Schwerfälligkeit zu überwinden, die der Durchsetzung neuer Ideen entgegensteht. Es ist mit diesem Hinweis das Problem der Doppelabstimmungen über Initiativen und Gegenentwurf anvisiert. In der Praxis des Parlaments hat sich die verhängnisvolle Tendenz zunehmend eingebürgert, einem klaren Volksentscheid über ein Begehren, das in seiner ganzen Konsequenz von der Parlamentsmehrheit als verhängnisvoll abgelehnt werden muss, dem aber gewisse Verlockungen nicht abgesprochen werden können, dadurch auszuweichen, dass dazu ein etwas entschärfter Gegenentwurf ausgearbeitet wird. Man nimmt dabei in Kauf, dass allenfalls die mildere Fassung Zustimmung des Souveräns findet. Es spielt aber auch die taktische Überlegung mit, dass sich mit der Aufstellung einer Alternative die Stimmen zwischen den beiden Entwürfen aufsplittern, so dass das Nein in beiden Fällen überwiegt. Denn nach dem von der Verfassung festgelegten Verfahren ist es zwar zulässig, dass der Stimmbürger zweimal ein Nein in die Urne legt, es ist aber ein doppeltes Ja ausgeschlossen.

Nach dem gegenwärtigen Verhandlungsstand scheint es, als ob ein Verfahren gefunden werden könnte, das ohne allzu grosse Komplikationen und eine zusätzliche Belastung des Abstimmungskalenders zu diesem Ziel führen würde. Es bleiben allerdings Bedenken bestehen, die namentlich die Bedeutung der Standesstimmen betreffen. Wer grundsätzlicher denkt, kann sich auch von der Besorgnis nicht frei machen, dass damit die Revisionsfreudigkeit noch mehr Auftrieb erhalten müsste. Das allein sollte zur Einsicht führen, besser das taktische Spiel mit Gegenentwürfen aufzugeben, um wieder dazu zu gelangen, dass das Volk seinem Willen eindeutig Ausdruck geben kann.

Neuerungen «von oben»

Die bisherigen Ausführungen könnten den Eindruck erwecken, als ob unser Staat die Entwicklungen, die die Welt in stürmischen Zeitläuften bewegt haben, nicht mitgemacht hätte, was indessen, wie die auch bei uns verwirklichten Neuerungen überdeutlich dartun, ein der Wirklichkeit widersprechender Eindruck wäre. Tatsächlich verhält es sich so, dass zwar der direkte Einfluss der Volksinitiative beschränkt geblieben ist, dass aber – wie immer deren Regsamkeit angetrieben worden ist – Regierung und Parlament es verstanden, «mit der Zeit

Schritt zu halten» und auch immer wieder den Volkswillen für Neuerungen gewonnen haben.

So ist die Feststellung bemerkenswert, dass der ordentliche Gesetzgeber seit Bestehen des Bundesstaates insgesamt 130 Verfassungsvorlagen vor das Volk gebracht hat und dass 95 dieser Vorlagen die Zustimmung von Volk und Ständen gefunden haben. Als weiterer Vertrauensbeweis sei im gleichen Zusammenhang das erfolgreiche Zusammenspiel auf der nächstunteren Stufe der Gesetzgebung angeführt: Gegenüber den weit über tausend seit Einführung des fakultativen Gesetzesreferendums vom Parlament verabschiedeten Gesetzesvorlagen ist das Vetorecht des Volkes nur 90mal geltend gemacht worden, wobei dann allerdings 53 angefochtene Vorlagen auch zu Fall gebracht wurden.

Jedenfalls ist das einfache Staatswesen der «Gründerväter» von 1848 gründlich umgestaltet worden. Die erste bemerkenswerte Ausweitung der Bundeskompetenzen ist mit der Totalrevision von 1874 erfolgt, die neben der schon gewürdigten Einführung des Gesetzesreferendums vorab die Zentralisation des Militärwesens und eine erste Rechtsvereinheitlichung brachte, beides im Sinne einer Verstärkung der Hauptziele der Grundverfassung von 1848, nämlich bessere Behauptung der Unabhängigkeit gegen aussen und Erleichterung von Handel und Wandel im Innern durch Abbau kantonaler Schranken. Es wurden bei jenem Prozess bisher kantonale Kompetenzen auf den Bund übertragen, aber auch bisher staatsfreie Bereiche auf Kosten der «Freisphäre» des Bürgers neu einer staatlichen Regelung unterstellt. Gleichzeitig war neuen technischen Gegebenheiten, wie sie Eisenbahn und Telegraph mit sich gebracht hatten, Rechnung zu tragen.

Auch die seitherigen Revisionen kreisten immer wieder um derartige Anliegen. Wie indessen der übersichtlichen Darstellung der schweizerischen Verfassungsgeschichte von Rappard zu entnehmen ist, wurden die Ausbaubestrebungen im herkömmlichen Sinn bald einmal von den Anstrengungen übertroffen, die sich immer eindeutiger um das materielle Wohl des Volkes kümmerten. So wurden Kompetenzen zur Wahrung der Volksgesundheit geschaffen, worunter unter anderem die ganze Alkoholgesetzgebung fällt. Es wurden parallel dazu Revisionen vorangetrieben, die den Zweck hatten, die wirtschaftlichen Produktionsbedingungen zu begünstigen beziehungsweise Ungleichheiten zu beheben, die bei der stürmischen wirtschaftlichen Entwicklung festzustellen waren. Es wären aus diesem Bereich namentlich die Bemühungen um die Schaffung einer Sozialversicherung in den verschiedensten Bereichen – von der Milderung der Folgen von Krankheit und Unfällen bis zur Sicherung eines sorglosen Alters – hervorzuheben. In neuerer Zeit haben Massnahmen gegen die nachteiligen Folgen einer übertriebenen Wahrnehmung der Wirtschaftsfreiheit erhöhte Bedeutung erhalten. Es wären hierunter die berühmten Wirtschaftsartikel von 1947 mit dem ganzen Folgepaket die Freiheit einschränkender Einrichtungen und lenkender staatlicher Einflussnahme auf die Konjunkturentwicklung sowie auch die Versuche einzureihen, unsere Umwelt vor der Zerstörung zu schützen und das Land vor

der drohenden «Zersiedlung» gewissermassen in letzter Stunde noch zu bewahren.

Kurz, das Nötige ist getan worden, ja von einigen Neuerungen geht eher der Eindruck aus, dass mehr, als not tat, getan worden ist. So meint Rappard, der seine Würdigung wohlverstanden noch vor Anlaufen der jüngsten, stürmischen Revisionsphase geschrieben hat, dass unser Staatsgrundgesetz diesen Namen angesichts der Unbeschwertheit, mit der seine Grundsätze abgewandelt und ergänzt wurden, kaum mehr verdiene. Regierung und Parlament könne der Vorwurf nicht erspart werden, oft viel zu leicht zur Verfassungsrevision Hand geboten zu haben. Der schweizerische Staat hat seinen Charakter völlig gewandelt und ist zu einer Einrichtung geworden, die wohl zuviel staatlicher Fürsorge überlässt, statt dem Bürger seine eigene Verantwortung zu lassen.

Der gefährliche Weg

Die «grosse Unruhe» ist jedenfalls mit dem steten Nachgeben nicht behoben worden. Die Erscheinungen, die Anlass zu unseren Fragen gegeben haben, deuten eher darauf hin, dass die Wohlfahrt am falschen Ort gefördert wird. Es macht sich nicht nur unter den Jungen eine «Weltangst» breit, wie es weitergehen soll. Neben andern Auseinandersetzungen mit den beängstigenden Symptomen, wie sie schon in den sechziger Jahren von den Professoren Karl Schmid («Unbehagen im Kleinstaat», 1963) und Max Imboden («Helvetisches Malaise», 1964) ausgelöst worden sind, verdient eine Betrachtung des Berner Politologen Erich Gruner aus dem Jahr 1978 Beachtung.

Gruner hat unter dem alarmierenden Titel «Ist der schweizerische Staat zerstörbar?» eine mangelnde Übereinstimmung der Bürger über die sittlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Grundwerte diagnostiziert. Er kommt zum Schluss, dass der zunehmende Interventionismus des modernen «Sozial- und Dienstleistungsstaates» laufend neuen Begehrlichkeiten auf der einen und dem Widerspruch auf der anderen Seite ruft, die sich überfordert fühlt. Während der geschichtliche Ursprung der Eidgenossenschaft nicht in der Absicht lag, gemeinsam Vorteile zu geniessen, sondern im Willen dreier kleiner Gemeinschaften begründet lag, «in der Arglist der Zeit Lasten und Mühen gemeinsam zu tragen», feiert heute der Gruppenegoismus Triumphe.

Wie ist dem zu begegnen? Leider ist von den in Gang gesetzten Vorbereitungen für eine Totalrevision der Bundesverfassung wenig zu erwarten. Von Anbeginn resignierte dieses Unternehmen vor Umgestaltungen, die eine Rückführung des Willensbildungsapparates auf die Ausscheidung klarerer Verantwortlichkeiten zum Ziel gehabt hätten. Man scheint weiterhin in der Auffassung befangen, dass der Unruhe durch möglichst weites Öffnen der Ventile Rechnung getragen werden müsse. Es dürfte auch tatsächlich «politisch unmöglich» sein, dem Volk einmal gewährte Rechte zu beschränken.

Eine zage Hoffnung auf Selbstbesinnung wächst vielleicht aus der Erkenntnis, dass der überstrapazierte Staat immer weniger – weder organisatorisch noch finanziell – in der

Lage ist, die ihm übertragenen Aufgaben zu bewältigen. Besonders die wachsende Finanznot, die trotz einer immer rascher rotierenden Finanzverfassungsgesetzgebung nicht aufzuhalten war, lässt im Gefolge verzweifelter Sanierungsversuche Ansätze zu einer Besserung erkennen. Es ist allerdings noch viel Arbeit zu leisten, bis solche Ansätze zu einer wirklichen Umkehr führen. Der amtierende Finanzminister, der Sozialdemokrat Willi Ritschard, beklagt, wenn es dem Bundesrat noch gelinge, in den eidgenössischen Räten einigermassen Gehör zu finden, so mangle offenbar die Ausstrahlung, die nötig wäre, weitergreifend zu wirken. Er beklagt in diesem Zusammenhang die Rolle, welche die Medien spielen, die es versäumen, durch eine sachliche Berichterstattung den Kontakt zwischen Parlament und Bürger herzustellen, dafür aber jeder Unmutsregung breitesten Raum gewähren. Dadurch werden die ohnehin schwachen Führungseigenschaften unserer Behörden noch mehr verunsichert, statt dass ihnen Mut für die Ergreifung «unpopulärer Massnahmen» zugesprochen würde.

Um zum Ausgangspunkt dieser Betrachtungen zurückzukommen: Unsere Demokratie wird in Krawallnächten in schwerwiegender Weise strapaziert. Es sei der Ausspruch des Sozialdemokraten Paul Schmid-Ammann zitiert, der im Zusammenhang mit den jüngsten Unruhen in der «Zürichsee-Zeitung» vom 19. Juni daran erinnert, wohin Ultimaten, Drohungen und Erpressungen führen: «Wir haben es in der Weltgeschichte erlebt, dass sie zu immer weiteren Erpressungen und schliesslich zum Zusammenbruch jeder Rechts- und Friedensordnung führen.» Es geht heute um mehr als die Auseinandersetzung mit einer kleinen Minderheit, die vorgibt, Fürsprecher einer «alternativen Kultur» zu sein, in Wahrheit aber hofft, den Rechtsstaat aus den Angeln zu heben. Es geht darum, auch die Versäumnisse einer allzu einseitig auf «Fortschritt» und «bequemes Leben» eingestellten Gesellschaft zu erkennen. Man kann nur hoffen, dass die Übertreibungen von Aussenseitern in einer alarmierten Öffentlichkeit zum Bewusstsein der Gefährlichkeit des Weges führen, den wir alle miteinander allzu unbesorgt eingeschlagen haben.

Arnold Fisch

VON ALTERNATIVEN UND VOM SCHWEINEMUT

Beobachtungen an Büchern und andern Zeiterscheinungen

Anlässlich einer Feier zu Ehren des vor 1500 Jahren geborenen Benedikt von Nursia nannte der Abt von Einsiedeln die Gründung des Benediktinerordens eine *echte Alternative*. Er brauchte das Wort, das heute längst zur abgegriffenen Münze geworden ist, offensichtlich mit Bedacht. Benedikt von Nursia war ein scharfer Kritiker seiner Zeit, und was er ihr in seinem Werk entgegensetzte, war konsequent in seiner Antithese: eine Lebensform der Spiritualität und der Güte.

Alternativen gibt es in unseren Tagen mehr als genug; wer auf sich hält und wer betont heutig sein will, nimmt Begriff und Eigenschaft für sich in Anspruch. Es kommt dabei nicht auf terminologische Sorgfalt an, auch nicht auf Differenzierungen. Die einzige Abgrenzung, die zwischen dem Alten, Verfehlten, Abgestandenen und Verpönten auf der einen und dem Neuen, allzuoft mit Fanatismus vertretenen Andern auszumachen ist, besteht rundheraus eben in der Alternative. An sich bedeutet das Wort ja nur, dass es neben dem Einen ein Zweites gibt. In der Politik, zum Beispiel, möchte man Entscheidungen gerne zwischen ausgearbeiteten Alternativen treffen. Da ist der Begriff noch neutral, und erst das Abwägen der Argumente für oder gegen die eine oder die andere Möglichkeit führt zur Entscheidung. So aber, wie der Begriff «alternativ» heute zu einem Symptom der Zeit geworden ist, bedeutet er nicht mehr eine Wahlmöglichkeit, sondern will besagen, das Geltende, was Politik, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft einstweilen noch bestimmt, sei schlecht, die Alternative dazu jedoch sei gut. Meist lässt sich etwas deutlicher erkennen, wogegen sie sich richtet, als wofür sie einsteht. Aber das ist möglicherweise ein oberflächlicher Eindruck. Im Vordergrund der Auseinandersetzungen stehen etwa Energieversorgung, Ökologie, Umweltschutz, Wohngemeinschaft gegen Kleinfamilie, Geschlechterrolle, die Lebensweise insgesamt, die Einstellung zur Arbeit und Freizeit, zu den Institutionen, zum Staat. Alternativ zu sein, ist rasch und unaufhaltsam zu einem die Zeit bestimmenden Thema aufgestiegen. Gerade weil es dabei nicht so sehr auf Definitionen, Differenzierungen und klare Vorstellungen ankommt, sondern eher auf Gefühle und auf die in einer fremd gewordenen Welt willkommene Möglichkeit, sich mit Leidenschaft zu engagieren, hat die vieldeutige Bewegung den Stellenwert eines Signals. Ob echte Zeitenwende oder skurrile Arabeske im geschichtlichen Ablauf, lässt sich so leicht nicht ausmachen; aber das war beim Anbruch der Romantik, mit der die Bewegung manches gemeinsam hat, auch nicht anders. Auch scheint – von Ausnahmen abgesehen – vor allem die Jugend davon erfasst zu sein. Die Generationen derer, die als Schüler und Lehrlinge, als Studenten und als junge Berufsleute aus einem neuen oder doch anderen Selbstverständnis heraus sich weigern, ihren bisherigen Erwartungen entsprechenden Platz in der Gesellschaft einzunehmen, sind – bei aller Heterogenität der Motive und Ziele – die Träger. Erscheinungsformen der Alternativbewegung sind zum Beispiel die Grünen, aber auch die Landkommunen, die auf Bauernhöfen eine neue Lebensweise erproben, möglicherweise auch jene Jugendlichen, die in Zürich und anderswo für ihre «Alternativkultur» auf die Strasse gingen.

Es gibt über das Phänomen bereits eine theoretische Literatur, teils hervorgegangen aus der Mitte der Bewegung selbst, teils geschrieben von aufmerksamen Beobachtern ausserhalb. Zum Beispiel wäre da die Nummer 37 der *Herderbücherei Initiative* (herausgegeben von *Gerd-Klaus Kaltenbrunner*) zu nennen, unter deren vielsagendem Titel *«Nestwärme in erkalteter Gesellschaft»* verschiedene Autoren über Kommunen, Kibbuzim und

andere Formen der Alternative schreiben. Eine kluge Bestandesaufnahme gibt sodann *Claudia Mast* mit ihrer Schrift *«Aufbruch ins Paradies?» (Edition Interforum Zürich),* in der die Alternativbewegung und ihre Fragen an die Gesellschaft untersucht werden. Die Verfasserin, eine junge Lehrbeauftragte für Kommunikationswissenschaft an der Universität München und Leiterin der Abteilung für gesellschaftspolitische Grundsatz- und Bildungsarbeit einer Grossfirma, muss freilich auch offen lassen, wie weit wir es dabei mit tragfähigen Vorschlägen, wie weit mit neoromantischen Hirngespinsten zu tun haben. Wogegen die Anhänger der Bewegung sind, lässt sich aus ihrer Presse und ihren Manifesten mit mehr Sicherheit sagen. Sie sind gegen das Wachstum, auch gegen den technologischen Fortschritt, denn beide beeinträchtigen oder verunmöglichen ihrer Überzeugung nach Lebensqualität und menschenwürdiges Dasein. Hier zeigt sich ein Hauptmerkmal der Bewegung: Sie argumentiert nach einem strengen Entweder-Oder-Schema. Dass Lebensqualität ohne allen Zweifel auch eine Frucht des technischen Fortschritts ist und man also zwischen fraglos guten und eher fragwürdigen Folgen dieser Entwicklung genau unterscheiden sollte, wird nicht gesehen. Die Alternativbewegung ist eben auch dadurch gekennzeichnet, dass sie das Vertrauen in die Wirksamkeit institutionalisierter Kontrollen, in die Funktionsfähigkeit politischer Organisation und in die Vernunftmässigkeit des Wirtschaftens verloren hat. Daher auch sind Bürgerinitiativen und Demonstrationen ihre bevorzugten oder gar ausschliesslichen Artikulationsformen. Sie versteht sich als *«Druck von unten gegen die da oben»,* sie ist gegen die herkömmlichen Formen der politischen Auseinandersetzung mit ihren Spielregeln, die sich vornehmlich über die Parteien abspielt, und sie sträubt sich gegen alles öffentlich Geschaffene und Verwaltete überhaupt. «Aufbauziele» treten in ihr weniger in Erscheinung als eine deutlich erkennbare «Erfüllungsmentalität». Claudia Mast beschreibt das so: *«Die Alternativen dokumentieren einen Übergang von langfristigen zu kurzfristigen Wertvorstellungen und signalisieren einen Aufbruch zu Werten der Freizeit.»* Das heisst, dass persönliche Bedürfnisse nicht mehr länger den Anforderungen eines als übergeordnet gedachten Ganzen nachgestellt werden. Man will im Gegenteil ihre Erfüllung, und man will sie jetzt. Das ist auch der Grund, warum Verständigung zwischen denen, die in politischer und wirtschaftlicher Verantwortung stehen, und ihren alternativen Kritikern kaum noch möglich ist. Sie sprechen nicht die gleiche Sprache. Bürgerlichen Werten wie Leistung, Verantwortung, Fleiss, Gewissenhaftigkeit und Pflichtbewusstsein wird der Boden in dieser Auseinandersetzung entzogen, folgerichtig auch der Demokratie als der Staatsform der Vereinbarung und der Spielregeln.

Soweit die Darstellung in der Studie von Claudia Mast. Die zuletzt genannte Beobachtung, die Konzentration auf das eigene Ich, auf die individuelle Befindlichkeit, die durch übermächtige Zusammenhänge beeinträchtigt, bedrückt und verstört wird, ist ein Zeitsymptom, das in der erzählenden Literatur der Gegenwart bereits gültige Darstellung gefunden

hat. Ich erwähne nur *Otto F. Walter*, dessen Heldin Esther, ein junges Mädchen, in der Erzählung *«Wie wird Beton zu Gras»* die Motivation ihrer als symbolisches Zeichen zu verstehenden Tat folgendermassen sieht: *«Sie musste jetzt von dem einzigen Gedanken wie besessen sein, Gedanken oder genauer wohl Zwang: kundzutun, weithin und öffentlich, dass sie gegen alles das war, überlaut, überhell, was die Leute hier in H. und Karl erneut fortzusetzen im Begriff waren. Gegen das, wofür sie einfach noch kein präziseres als das allgemeine Wort ‚Das Alte' hatte, worin alle anderen Wörter versammelt waren, Angst, Terror, Granaten, Unterdrükkung, Stoppuhr, Sex, Männliches, Konsum, Gewalt, Beton, Gewalt. Zwang, ja . . . Hätte sie die Aktion doch noch abgebrochen, sie wäre, das muss sie gespürt haben, kaputtgegangen, sie oder das in ihr, was Seele heisst.»*

*

Schwermut ist wohl nicht das richtige Wort, um den Seelenzustand zu bezeichnen, der hier zu einer Aktion führt, die als Fanal verstanden werden soll. Aber Schweinemut, das trifft die Befindlichkeit recht genau. *Hermann Kinder* braucht das Wort im Titel seines Erziehungsromans *«Vom Schweinemut der Zeit» (Diogenes)*, eine altdeutsche Vokabel, wie das Grimmsche Wörterbuch bezeugt. Furcht und Sorge und Kleinmut zusammen machen, wie bei Galienus nachzulesen sei, *«den menschen schweinemütig»*. Kinder hat schon in seinem ersten Roman, *«Der Schleiftrog»*, die Verunsicherung und Verwirrung eines Schülers und Studenten dargestellt. Jetzt geht es um den Mittelbau, um die akademischen Räte und die Assistenten, die an ihrer Habilitation arbeiten. Im Mittelpunkt der Erzählung steht ein Doktor der Kunstwissenschaft, der Kunschtmüller. Es ist nicht so wichtig, was er erlebt und wie er sich zusammen mit seinen Vorgesetzten und Kollegen verhält, wenn das Gerücht aufkommt, das Ministerium habe beschlossen, die Universität gesundzuschrumpfen. Ich meine nur, Hermann Kinder gebe ein exaktes Porträt dieser jüngeren Akademiker, vornehmlich der sogenannten Achtundsechziger-Generation, um es genau zu sagen, scharf beobachtet, selbstkritisch in mancher Hinsicht, satirisch in der Beschreibung des akademischen Alltags. Wissenschaft und Forschung sind da die Turngeräte, an denen man lustlos die täglichen, ewig gleichen Übungen turnt. Die Hierarchie der Universität ist längst wieder erstarrt. Unter den Kollegen des Kunschtmüllers gibt es den Nörgler, dessen Gesprächstbeitrag einmal folgendermassen resümiert wird: *«Wer, zumal welcher Mann, wisse denn noch, wofür er lebe. Wer sei zufrieden. Wer traue sich noch, eine feste Bindung einzugehen, gar Kinder zu haben. Wen reue es nicht, wenn er es getan habe. Wer wolle nicht fliehen. Wer träume nicht vergeblich von Rettung. Von anderen Hochzeiten der Melancholie unterscheide sich die Gegenwart darin, dass nicht eine Umwertung der Werte herrsche, sondern ein grundsätzlicher Zweifel an der Werthaftigkeit des Lebens, der Gesellschaft, der Geschichte. Eine Zeit ohne tragfähige Ideologien, selbst ohne eine glaubhafte Ideologie des Pragmatismus. Ein fundamentaler Pessimismus, der – wie*

schon beim Fin de siècle des letzten Jahrhunderts – Hand in Hand gehe mit einer nationalen, ökonomischen Prosperität . . .» Der «Schweinemut der Zeit» porträtiert sich hier selbst. Kein Zweifel, es ist ein treues Abbild, und es bedürfte eigentlich des Hinweises nicht, dass im Roman auch eine Landkommune als Alternative kurz gezeigt wird, auch sie freilich mit skeptischem Kommentar, als Kuriosität mehr denn als Möglichkeit. Ich äussere mich hier nicht zu den literarischen Qualitäten des Buches, ich lese es als Information über heute, über die Generation derer, die einmal keinem über Dreissig trauen wollten und jetzt selber die ominöse Schwelle überschritten haben. Da ist Kinder, wie ich meine, ein zuverlässiger Informant. Und bei allem Verstehen, bei aller Teilnahme die man der offensichtlichen Schwierigkeit dieser jungen Menschen mit Recht zuwendet, fragt man sich doch, woran es liege, dass sie sich vor einer unüberwindlichen Mauer wähnen. Was hier, im Milieu junger Intellektueller, beschrieben wird, ist tatsächlich eine seit etwa zehn Jahren zunehmende Erscheinung, die längst auch Lehrlinge, Hausfrauen und Angestellte erfasst hat. Und keineswegs ist da eine einheitliche Ideologie auszumachen, sondern es sind Gefühle des Unbehagens und der Sorge, die sich auf eine beunruhigende Art ausdrücken: der Schweinemut der Zeit.

Mit den Unruhen der sechziger Jahre hat das, was jetzt zu Beginn von «Orwells Jahrhundert» sichtbar wird, nach übereinstimmendem Urteil der Autoren wenig zu tun. Die Alternativbewegung ist demnach kein von Intellektuellen gesteuerter Aufstand, sondern eine diffuse Zivilisationserscheinung, ein Ausdruck eben des Schweinemuts, für den die Betroffenen die verwaltete Welt verantwortlich machen. Ein umfassender Vertrauensverlust der bestehenden Realität gegenüber ist manifest geworden. Und Utopien, zum Beispiel die Hoffnung auf den «Sozialismus mit menschlichem Gesicht», sind inzwischen keine starke Hoffnung mehr. *«Die sonderbar leichten Tage der Euphorie»,* wie *Hans Magnus Enzensberger* in seinem Gedicht vom *«Untergang der Titanic»* sagt, sind längst entschwunden. Mit dem beunruhigenden Phänomen setzt sich auch *Günter Grass* in seinem neusten Buch, *«Kopfgeburten oder Die Deutschen sterben aus»,* auseinander *(Luchterhand).* Der Gattung nach ist es eine riskante Mischung aus Reportage, Totenklage und Nachruf auf Nicolas Born, Reisebericht, Drehbuchentwurf, politischem Essay und Wahlkampf mit satirischen Mitteln. Zwei Figuren indessen, das Lehrerehepaar Dörte und Harm Peters, er Mitte, sie Anfang dreissig, die Hauptfiguren des geplanten Films, irritieren den Autor und machen ihm Mühe. Er steht ihnen mit Sympathie gegenüber, aber er spürt doch auch, worin sie auf eine beunruhigende Weise anders sind als er, nämlich ohne rechtes Vertrauen in die Möglichkeit politischer Mitbestimmung. Sie theoretisieren und zerreden, was sie nicht zu leben und zu gestalten wagen. Ob sie nun ein Kind haben wollen oder nicht, ist ihr Dauerproblem. Ob es zu verantworten sei in dieser Welt, bleibt für sie offen. Sie sind klug und vernünftig, aber sie haben kein Mark in den Knochen. *«Selten»,* sagt Grass über sie, *«hat eine Generation sich so früh erschöpft, die*

gehen entweder kaputt oder kein Risiko mehr ein».

Vieles deutet – ephemeren Vorkommnissen zum Trotz – darauf hin, dass die Zeit der grossen Proteste vorbei ist. Zwischen den gesellschaftlichen und staatlichen Institutionen und dem Selbstgefühl dieser Generation hat sich eine Kluft aufgetan, die jeden Versuch zur Verständigung immer schwieriger macht. Aber wenn es nicht gelingt, das Bedürfnis nach Wärme, nach relativer Sicherheit und menschlicher Nähe mit den Erfordernissen einer hochentwickelten Industriegesellschaft wieder in Einklang zu bringen, sind die Prognosen schlecht.

Anton Krättli

FRANKREICH PROFILIERT SICH

Die 5. Republik wird vom Stil des Präsidenten geprägt, der die grossen politischen Optionen bestimmt. De Gaulle, Pompidou, Giscard: das sind jeweils verschiedene Perioden. Mit de Gaulle schien noch einmal, scharf konzentriert, französische Geschichte aufzuleuchten, ihr Glanz, ihre Ambitionen. Er wollte Frankreich in den Rang einer Weltmacht erheben, obwohl es ihn unwiderruflich verloren hatte, was übrigens auch de Gaulles Liquidation des kolonialen Imperiums bezeugte. Daher der ständige Mahnruf zur nationalen Unabhängigkeit, der Aufbau der atomaren *Force de frappe,* die Ablehnung amerikanischer Hegemonie, der Rückzug aus der NATO, der Brückenschlag nach dem damals noch isolierten China. Der General besass ein sorgfältig gepflegtes Charisma, man hörte ihn, auch wenn man ihm nicht folgte. In der Tat konnte man nicht übersehen, dass seine Ambitionen weit überzogen waren und den realen Verhältnissen wenig Rechnung trugen. Als aussenpolitische Macht kann sich nur vorhandenes ökonomisches Potential niederschlagen, und da erreichte Frankreich nicht mehr als ein mittleres Niveau. Das wurde von de Gaulle unzureichend berücksichtigt. Die Beschwörung Jeanne d'Arcs und Napoleons liess schliesslich eine Schimäre zurück. Seitdem wurde es sachlicher. Pompidou erinnerte an einen klugen Parlamentarier alter Schule, er widmete sich stärker inneren Problemen und prätendierte weniger, ein Weltenlenker zu sein. Nach den grandiosen Höhenflügen schlug die Stunde der Pragmatiker.

Das gilt auch für den Finanzexperten Giscard d'Estaing. Als moderner Manager betreibt er keine Geschichtsromantik und kennt sich statt dessen weit besser in Wirtschaftsstatistiken aus. Sein Nationalismus ist gedämpft, europäisch gemildert. Giscard verbesserte die Beziehungen zur NATO, auch innerhalb der Europäischen Gemeinschaft, wo er das alte Veto gegen den Beitritt Grossbritanniens zurückzog. In der Nahostfrage schien er eine mittlere Linie zu suchen, den proarabischen Kurs de Gaulles aufgebend. Wenn Frankreichs Stimme weniger laut tönte, so lag das nicht allein an der Person des Präsidenten, sondern

vor allem an der veränderten weltpolitischen Konstellation. De Gaulle war ein Vorreiter der Entspannung gewesen, aber in den siebziger Jahren wurde sie zum Allgemeingut. Die USA machten sie sich zu eigen, und mit ihrer neuen Chinapolitik haben sie Frankreich verdrängt. Desgleichen hat Willy Brandts Ostpolitik die Selbstfesselung der Bundesrepublik überwunden, jetzt ist sie Moskaus bevorzugter Partner. Im Osthandel hat sie Frankreich weit hinter sich gelassen. Für Paris war diese Entwicklung recht frustrierend.

Neue Symptome

Doch seit einiger Zeit gewahrt man neue Symptome. Giscard benutzte die iranische Krise und den Afghanistan-Konflikt, um eine eigene Position gegenüber den USA zu betonen. Frankreich will sich nicht mit der amerikanischen Politik identifizieren, vor allem nicht mit der Bürde ihrer Fehler. Khomeini durfte von Paris aus die Revolte gegen den Schah schüren und seinen Sturz herbeiführen. Giscard war dabei weitsichtiger als Carter, der hin- und herschwankte, sich von den Ereignissen überraschen liess, ständig aufs schlechte Pferd setzte. Paris schätzte das Kräfteverhältnis besser ein, verband sich mit den iranischen Revolutionären, obwohl es vorher mit dem Schah ausgezeichnete Beziehungen unterhalten hatte. Jetzt ist Giscard bemüht, als bevorzugter Partner der neuen Machthaber zu wirken, wobei der Antiamerikanismus als Verklammerung dient. Das gleiche beobachtet man im afghanischen Konflikt, auch hier bekundet Paris seine Sonderrolle in deutlicher Opposition gegenüber den USA. Paris hält nichts von einer Verschlechterung der Beziehungen zur Sowjetunion, es sucht das Gespräch. Daher die Verhandlungen mit Gromyko in der französischen Hauptstadt, Giscards geheim geplante Blitzreise nach Warschau zur Begegnung mit Breschnew. Natürlich wird die sowjetische Invasion Afghanistans verurteilt – ausserhalb des sowjetischen Machtbereichs bejaht sie übrigens niemand –, aber keine Massnahmen dagegen werden befürwortet. Verhandlungen allein sollen Moskau zu Konzessionen bewegen, obwohl zu erwarten ist, dass sie bestenfalls einen kosmetischen Charakter haben könnten.

Nach französischen Vorstellungen soll die Entspannung trotz der afghanischen Geschehnisse weitergehen. Giscards aussenpolitischer Berater, Poniatowski, der in den geheimen Ostkontakten eine hervorragende Bedeutung hat, erklärte beschwichtigend: «Was man für Aggressivität und Imperialismus hält, ist, so scheint es, im Geist der russischen Führer teilweise nur Schutz und erweiterte Verteidigung.» Das heisst, der sowjetischen Einschätzung weitgehend folgen. Auf solcher Grundlage ist natürlich eine Verständigung mit der UdSSR möglich. Aber das heisst auch, ihre gesamte Expansion billigen – zum Beispiel die Niederwerfung der CSSR –, die ja stets nur als Schutzmassnahme gerechtfertigt wurde. Die französische Haltung wird in allen Ostblockstaaten begrüsst, deren Interesse an einer Fortsetzung der Entspannung unzweifelhaft ist, weil sie ihnen eine Verminderung des russischen Drucks eingebracht hat. Diese Sonderrolle fand am 1. Mai in Moskau ihren sichtbaren Ausdruck, als der französische Botschafter als einziger westlicher Diplo-

mat der traditionellen Parade beiwohnte. Die Sowjetführung ist darüber entzückt; der Botschafter in Paris, Tscherwonenko, lobte am 20. Mai überschwenglich: «Giscard d'Estaing folgt dem von General de Gaulle und Georges Pompidou gewiesenen Weg... Er entfaltet alle Anstrengungen im Sinn der Spannungsverminderung.»

Moskau will Europa beschwichtigen, um seine Ziele in Afghanistan und anderswo zu erreichen, darüber hinaus soll zwischen den USA und den europäischen Verbündeten ein Keil getrieben werden. Darauf beruht die jetzige Politik Giscards, insofern entspricht sie sowjetischen Erwartungen und Interessen. Das verstärkte aussenpolitische Engagement bekundet sich in mehrfachen Weltreisen. Giscard besuchte den Nahen Osten, um sich als Freund der Araber auszugeben, sich sowohl von Israel wie von den USA abgrenzend. Die israelisch-ägyptischen Friedensdemarchen werden behindert. Es geht dabei um die Sicherung des Erdölimports, aber noch mehr um die Demonstration einer von den USA unabhängigen Politik. Das wurde dankbar registriert und von Saudiarabien mit hohen Rüstungsaufträgen honoriert. Die dann erfolgte Reise nach Helsinki gibt dieser Politik einen etwas zweideutigen Beigeschmack. Will Frankreich ein zweites Finnland werden? Begreift es seine Unabhängigkeit in dem keineswegs ermunternden Sinn des nördlichen Nachbarn der UdSSR? Dies ist gewiss nicht die von Giscard erstrebte Rolle. Frankreich ist nicht Finnland, die geopolitischen Verhältnisse sind unvergleichbar. Aber unzweifelhaft ist die «Finnlandisierung» Westeuropas ein strategisches Ziel der sowjetischen Aussenpolitik, in Giscards Kurs sieht sie eine Etappe auf diesem Weg. Dass die auf Moskau fixierte KPF mit Eifer dafür wirbt, obwohl sie ansonsten den Staatschef als üblen Reaktionär verteufelt, bestätigt diese Deutung. Es gibt überdies einige Symptome, die Bedenken erwecken. So entrüstete sich «Le Monde» vom 5./6. Juni über die negative Bedeutung des Begriffs «Finnlandisierung». Für dieses Blatt ist Finnland geradezu ein Symbol der Unabhängigkeit, jede andere Interpretation beruhe auf «einem groben Missverständnis». Ist die französische Sonderrolle mit solchen Illusionen belastet, dann ist freilich Skepsis angebracht. Dass Finnland den geographischen Bedingungen Rechnung tragen und den Wünschen des mächtigen Nachbarn entgegenkommen muss, ist unbestreitbar. Doch unzweifelhaft bedeutet dies eine eingeschränkte Souveränität, die man nicht idealisieren oder gar als Beispiel empfehlen sollte. Das tut aus gutem Grund die Sowjetregierung und die ihr hörigen kommunistischen Parteien. Es besteht kein Anlass, es ihnen gleichzutun.

Appell an Europa

Giscard visiert für Frankreich eine andere Rolle als die Finnlands, er visiert höher und weiter. Jetzt geht es wieder darum, wie zur Zeit de Gaulles, die Führung Europas anzustreben. Erst durch die Unterstützung der anderen europäischen Staaten, insbesondere der Bundesrepublik Deutschland, könnte diese Politik sich ganz durchsetzen und erfolgreich sein. Die Chancen sind heute grösser denn je. Die Unzufriedenheit mit der Politik Carters, ihren Zickzacks, ihrer Konzept-

losigkeit ist beträchtlich. Die jetzt ausgebrochene Vertrauenskrise war noch nie so gross seit Bestehen der NATO, strategisch-politische Grundsatzfragen stehen zur Diskussion. Carter hatte mit der Vietnam-Niederlage ein schweres Erbe übernommen, aber er zeigte wenig Geschick, damit fertig zu werden. Ein Zug des Dilettantismus prägt seine Haltung, eine Konzeptionslosigkeit, die sich von den Geschehnissen überraschen lässt, hin und wieder in die Hektik moralischer Beschwörung ausbricht. So konnte der Verdacht aufkommen, dass Carter vor allem an seine Wiederwahl denkt. Daher die europäischen Zweifel, die Zurückhaltung gegenüber den USA, der Unwille, ihnen zu folgen. Darüber hinaus machen sich unterschiedliche Interessen bemerkbar. Die europäischen Mächte wollen die Entspannung, so gut es geht, retten; der Drang, neue Krisen zu vermeiden, ist bei ihnen stärker als in Washington. Schliesslich sind sie mehr auf das Nahost-Erdöl angewiesen, an einem *appeasement* der arabischen Staaten intensiv interessiert. Das ist die Stunde der französischen Politik; sie findet heute grösseres Gehör als je zuvor. Was Giscard laut ausspricht, denken viele europäische Verantwortliche leise. Analoge Stimmungen wie in Paris findet man heute überall in Westeuropa. Hat nicht jetzt sogar der zurückgetretene US-Aussenminister Vance erklärt: «Es ist ein offenkundiger Trugschluss zu glauben, dass Amerika die Macht haben kann, die Welt zu regieren ... Diese altmodische Idee hat mehr mit Nostalgie zu tun als mit der gegenwärtigen Realität.» Selbst der amerikanische Musterschüler, die Bundesrepublik Deutschland, zeigt zum erstenmal starke Selbständigkeitsansprüche. Im Gegensatz zur amerikanischen Politik der Einschränkung der Handelsbeziehungen mit der UdSSR baut Bonn seinen Handel im Rahmen eines langfristigen Programms aus, insbesondere auch auf dem Gebiet der Nukleartechnik und Elektronik. Bundeskanzler Schmidt begegnet Breschnew auf den Spuren Giscards. Natürlich gibt es Unterschiede; Bonn kann Washington nicht im gleichen Ausmass brüskieren, es bedarf des amerikanischen Wohlwollens. Und dennoch beobachtet man eine Tendenz der Annäherung an französische Ansichten. In den anderen EG-Staaten ist das kaum anders, darauf zurückzuführen ist die wachsende Distanzierung von Israel und das Einschwenken auf den von Paris gesteuerten proarabischen Kurs.

Unglaubhafte Abschreckung

Frankreichs Ambition als europäische Führungsmacht wird untermauert durch den beschleunigten Ausbau der *Force de frappe*. Auch dies wird mit der Schwäche der amerikanischen Führung begründet. Kann man sich auf den Schutz der amerikanischen Supermacht noch verlassen? So fragt man sich. Die Fragilität des französischen Standpunktes resultierte vor allem aus dem streng nationalen Konzept der *Force de frappe*. Winzig im Vergleich mit dem Potential der Supermächte, sollte sie nur der Verteidigung des französischen Gebiets, des «Sanktuariums», dienen. Jetzt wohnt man einer Revision des ursprünglichen Konzepts bei. Frankreichs Verteidigungslinie soll nicht mehr der Rhein, sondern die Ost-

grenze der Bundesrepublik sein. Die erwartete Entscheidung zugunsten des Baus von Neutronenbomben soll die Glaubwürdigkeit des neuen Konzepts unterstreichen. Die neue Waffe soll nicht dem Schutz des «Sanktuariums» dienen, sondern als Instrument von Kampftruppen eingesetzt werden. Dies würde bedeuten, dass Frankreich sich wieder der NATO-Strategie annähert, sich zugleich aber auch den europäischen Partnern als privilegierte Schutzmacht, in Konkurrenz mit den USA, empfiehlt. Ein Dokument der Giscard-Partei UDF erklärt deutlich, dass «die Verteidigung Frankreichs untrennbar ist von der Verteidigung Westeuropas im Schoss eines soliden Bündnisses, das die Beteiligung der Vereinigten Staaten erfordert». Die Annäherung an die NATO findet das Missfallen der Gaullisten, die an ihrer traditionellen Doktrin der Verteidigung des nationalen Territoriums festhalten.

Diese Position ist indes schwach, weil man Grund hat, an der Abschrekkung der *Force de frappe* zu zweifeln. Wie glaubhaft ist eine Verteidigung, die den Untergang des Landes – nach einem Atomschlag gegen die UdSSR und deren Gegenschlag – bedeutet? Ausserdem bestehen in Frankreich seit einiger Zeit Bedenken, ob man mit den eigenen Mitteln allein die *Force de frappe* entwickeln kann, ob dazu nicht die Hilfe europäischer Partner, vor allem der Bundesrepublik Deutschland, notwendig sei. Eine ganze Reihe von Stimmen äusserten sich in diesem Sinn. So der Gaullist Alexandre Sanguinetti; in einer Studie wurde vermerkt: «Wir haben nicht die politischen, ökonomischen und finanziellen Mittel zur Errichtung eines vollständigen Verteidigungssystems ohne die Hilfe der europäischen Partner.» Ähnliches schrieb der frühere Generalstabschef der Luftwaffe André Martin, der ein unerfreuliches Bild von der französischen Streitmacht entwarf. Man habe von allem etwas, aber insgesamt zuwenig: «Ein wenig Abschreckung, ein wenig klassische Bewaffnung, ein wenig Eingreiftruppen ... Unser technologischer Rückstand wird grösser, und zahlenmässig sind wir weit entfernt von unseren Zielen.» Aus vielfachen Gründen bedürfte die *Force de frappe* der europäischen Rückendeckung, der politischen, finanziellen und technischen Hilfe. Aber bisher hat noch keine Macht auf exklusive Rechte in diesem hochbrisanten Bereich verzichtet. Und man sieht nicht, wie das national so empfindliche und anspruchsvolle Frankreich es tun könnte. Es ist möglich, dass Giscard an Kompromisslösungen denkt, aber er muss mit einem Widerstand von den Gaullisten bis zu den Kommunisten rechnen. Dadurch muss er behutsam operieren, und dies wiederum beschneidet die Ambitionen hinsichtlich einer kontinentalen Führungsmacht. Die westeuropäischen Staaten sind, trotz wachsender Vorbehalte, gezwungen, das Bündnis mit den USA zu bewahren.

Frankreichs Einfluss hängt davon ab, in welchem Masse es partnerschaftlich zu handeln versteht und auf allzu eigenmächtige Allüren verzichtet. Die EG-Staaten sind nicht bereit, sich vom Elysée aus dirigieren zu lassen, die amerikanische Führung – wie anstössig sie mitunter auch wirkt – durch eine weit schwächere und womöglich noch willkürlichere französische zu ersetzen. In dieser Hinsicht

waren gerade in letzter Zeit Bedenken angebracht, als Giscard seine Geheimreise nach Warschau plante und den bereits beschlossenen Beitritt Spaniens und Griechenlands zur EG widerrief. Solche Starallüren sind schwer erträglich, nichts ist mehr dazu angetan, Frankreichs hochgesteckte Ziele zu vereiteln. Fragwürdig ist desgleichen ein Antiamerikanismus, der nicht nur die Fehler der US-Politik gleichsam mit Wohlbehagen aufgreift, sondern auch deren positive Leistungen wie den Friedensschluss zwischen Israel und Ägypten. Allzu offen schlägt hier das nationale Interesse zum Schaden der allgemeinen Sache durch.

Keine innenpolitische Alternative

Als Giscard sein Amt übernahm, wollte er das Klima entspannen, allseits liberalisierend wirken. Daraus wurde nicht allzuviel, zumeist musste man sich mit Gesten begnügen. Das lag an den Verhältnissen, vor allem an den ökonomischen, die sich zusehends verschlechterten. Die freundlichen Worte verhallten. Das enttäuschte, der Präsident reagierte mit Verhärtung, er bewies Durchsetzungsvermögen und Fähigkeit zum Manöver, die man von ihm nicht erwartet hatte. Skandale, die seine nächste Umgebung, bisweilen ihn selber trafen, überspielte er mit kühler Gelassenheit, eher einem Zyniker ähnlich als dem Künder der «vorgeschrittenen Gesellschaft». In Afrika griff er wiederholt militärisch ein, wie im Kongo auch zugunsten schwerbelasteter Regime. Ein harter Machiavellismus erhebt sich über moralische Prinzipien. Das ist die Fortsetzung des Kurses von de Gaulle, und der Schüler scheint dem Meister keineswegs nachzustehen.

Obwohl Giscard keine grossen Erfolge aufzuweisen hat und seine hohen Vorsätze mit kleinen Taten gepaart sind, ist seine Wiederwahl im nächsten Jahr wahrscheinlich. Am wenigsten umstritten ist seine Aussenpolitik. Auch die Oppositionsparteien, kämen sie an die Macht, würden sich im Grundsätzlichen ähnlich verhalten. Aber die Wirtschafts- und Sozialpolitik begegnet scharfer Kritik, mit zwei Millionen Arbeitslosen ist sie in der Tat kein Ruhmesblatt. Allein dies würde wahrscheinlich Giscards Wiederwahl vereiteln, wenn es eine einheitliche Linke gäbe. Doch sie besteht durch den Willen der KPF nicht mehr, so ist die kommunistische Haltung die sicherste Gewähr für den Staatschef. Natürlich muss er mit Unzufriedenheit rechnen, mit periodischen Streiks, Fabriks- und Universitätsbesetzungen. Hin und wieder entlädt sich der Groll in Strassendemonstrationen, illegalen Rundfunksendungen oder auch in blosser Zerstörungswut. Dies sind Symptome eines Unwohlseins, um so heftiger, als eine Perspektive politischer Durchsetzung fehlt. Dies könnte allein ein Bündnis der Linken bewirken, doch gibt es kein Anzeichen, dass sich die zerbrochene Allianz in absehbarer Zeit wieder erneuern könnte. Der afghanische Konflikt hat Sozialisten und Kommunisten noch mehr einander entfremdet. Für die SP ist die sowjetische Invasion eine Wiederholung der Prager Niederwerfung von 1968, während die KP darin den reinsten Ausdruck sowjetischer Friedenspolitik sieht. Der kommunistische Generalsekretär Marchais betätigt sich als demagogisches

Sprachrohr Moskaus, sein hauptsächlicher Kampf richtet sich gegen die Sozialisten, die schlicht als Reaktionäre diffamiert werden. So handelten die Kommunisten stets in Perioden fanatischer Isolierung, aber diesmal unterscheidet sich die Haltung der KPF von fast allen westeuropäischen kommunistischen Parteien. Dieser Kurs kommt Giscard uneingeschränkt zugute, er verhindert einen Wechsel und garantiert auch noch nach zwei Jahrzehnten Kontinuität. Die Mehrheitsparteien können, trotz ihres Verschleisses und etlicher Skandale, weiterregieren. Und Giscard hat die Möglichkeit, sich wieder stärker auf die Aussenpolitik zu konzentrieren.

Marchais macht eine Änderung seiner Haltung von einer Stärkung der KP abhängig, sie soll die Sozialisten überflügeln. Die KP würde dann das Linksbündnis anführen, freilich würde dies dessen Siegeschancen stark reduzieren. Aber es ist unwahrscheinlich, dass Marchais sein Ziel erreicht, denn, trotz fieberhafter Anstrengungen, befinden sich die Kommunisten eher auf abschüssiger Bahn. So hat ihre Politik kein anderes Resultat, als einen Wechsel zu verhindern. Gerade das aber wollen die Arbeiter, so missachten die Kommunisten direkt die Interessen ihrer eigenen sozialen Basis. Sucht man nach Motiven dieser Politik, so findet man einmal die Kontinuität des stalinistischen Erbes, das jeder echten Demokratisierung widerstrebt, zum anderen die Ziele der Sowjetführung, die in Frankreich einen politischen Wechsel ablehnt. Wie in der Vergangenheit wirkt auch jetzt der französische Stalinismus, in neumodischer Verkleidung, konform mit der sowjetischen Politik.

Linker Gaullismus

Aber über den mutwilligen Entschluss der KP-Führung hinweg, die Existenz der bestehenden Regierungsmehrheit zu bewahren, lähmen noch tiefer liegende Gründe die Opposition. Der 5. Republik ist es allmählich gelungen, auch den Geist ihrer Gegner zu beeinflussen. Von einer Beseitigung des Regimes, wie in den ersten Jahren nach 1958 – Mitterrand sprach damals vom «Regime des permanenten Staatsstreichs» – ist keine Rede mehr. Seine wichtigsten Merkmale wie die Volkswahl des Präsidenten und dessen überragende Macht werden weitgehend gutgeheissen. Einst als «Wahlmonarchie» gelästert, wird das System jetzt gebilligt. Das Volk hat sich mit der politischen Personalisierung abgefunden, und der Linken geht es nur darum, einen der ihren ins Elysée zu bringen, damit er sich der gleichen Macht erfreue wie seine Amtsvorgänger. Wirtschaftspolitisch ist sie durch die Krise verwirrt, denn ihr ganzes Sozialprogramm beruhte auf einer Konjunktur. Aussenpolitisch ist die Anpassung nicht weniger deutlich. Das gemeinsame Regierungsprogramm der Linken sah 1972 noch die Abschaffung der *Force de frappe* vor. Inzwischen ist das in Vergessenheit geraten. Der gaullistische Nationalismus wird schon längst von den Kommunisten überboten und findet ein Echo bei den Sozialisten, hier scheint sich die Quelle einer Kompensation für sonst empfundene Ohnmacht anzubieten. Die heftigste Kritik gegen Giscard äussert sich stets unter Berufung auf die ungenügende Vertretung nationaler Belange. Der offiziellen Ideologie ist es folglich ge-

lungen, in den Geist der Opposition einzudringen, was dazu führte, dass sie nach und nach Ziele des Regimes sich zu eigen machte. Das ist ein beachtlicher Erfolg der 5. Republik, deren Bestand wird dadurch konsolidiert. Je länger das Regime dauert, um so natürlicher gelten die Modalitäten seiner Funktionsweise, um so mehr prägen sie die Gewohnheiten.

Die Stabilität ist grösser geworden, wenn sie auch teilweise artifiziell ist. Die politische Kultur ist durch vehemente Personalisierung eher gesunken. Personen verdrängen Sachfragen, ähnlich wie bei der Präsidentenwahl in den USA. Auch da musste die Opposition sich *nolens volens* dem System anpassen, auch sie baute ein Führerimage auf, wobei die Fernsehwirkung mit ihren Tricks wichtiger ist als das Programm, effektive, aber mehr verborgene Qualitäten. Auch das ist ein Erfolg des Regimes, an den 1958 wohl nicht allzu viele glaubten. Seit jener Zeit hat eine alternative Lösung ständig an Boden verloren. Die 5. Republik wird *faute de mieux* fortbestehen, aber sie wird, wie bisher, von einer Malaise begleitet sein, die sich bisweilen in explosiven Formen manifestiert. Soziale Unwetterperioden sind um so heftiger, als ein parlamentarischer Wandel blockiert ist. Die herrschenden Parteien können und müssen weiterregieren, vor allem kraft des Willens der KP. Sie können sich nicht erneuern und nützen sich in der langen Machtausübung zwangsläufig ab. So wird es vorerst keine Veränderung geben. Wenn nicht alles täuscht, wird Giscard im nächsten Jahr zum zweiten Mal als Präsident bestätigt. Auch dies hatte man vor sieben Jahren nicht erwartet.

Heinz Abosch

NEUROTISCHE MÄCHTE – WEISES EUROPA

Anmerkungen zu einer weltpolitischen Betrachtung

«Moskau beging den ungeheuren Fehler, mit eigenen Truppen ein blockfreies Land anzugreifen; und Washington antwortete mit einem Fehler. Statt, wie Westeuropäer rieten, das Ereignis auf die Betroffenen, die Dritte Welt, wirken zu lassen, taten die Amerikaner, als seien die Russen in Texas einmarschiert . . .»

An den Rand dieses Satzes – er steht auf der vorletzten Seite von Peter Benders Aufsatz «Zwei neurotische Riesen» an der Spitze des Juniheftes von *Merkur* – habe ich ein Fragezeichen angebracht. Das fünfzehnte.

Ich überlege mir: hätte nach Chruschtschews Berlin-Ultimatum ein deutscher Kommentator schreiben können: «Die Amerikaner reagierten, als sei New York bedroht»? Oder wird in einer imaginären Zukunft nach sowjetischer Unterstützung eines kroatischen Aufstandes dieser Kommentar erscheinen: «Die Amerikaner reagieren, als seien die Russen in Alaska einmarschiert»? Ist dieser hypothetische Vergleich zulässig? Und wenn nicht, warum nicht?

Ich lasse beide Fragen offen und wende mich dem nächsten Satz zu. Die weisen Europäer haben also den

neurotischen Amerikanern geraten, das Ereignis auf die Betroffenen und auf die Dritte Welt «wirken zu lassen». Auf die Bevölkerung des Afghanistan «wirkt» das Ereignis ohnehin und in entsetzlicher Weise.

Wie jedoch würde auf die Dritte Welt – wenn eine Vielfalt riesiger, mittlerer und winziger Staaten pauschal so genannt werden kann – eine Gleichgültigkeit der USA wirken, eine ungerührt weitergeführte Partnerschaft mit dem anderen Riesen, die technologische Hilfe, der Beitrag zur Überbrückung des durch eigene Agrarpolitik verursachten sowjetischen Weizendefizits? Würde der Verzicht auf jede Reaktion als höhere Vernunft verstanden oder nicht eher als Schwäche, aus der die Konsequenz gezogen würde, dass die Nicht-Engagierten gut tun, sich mit der stärkeren, zielstrebigeren Weltmacht möglichst gut zu stellen, weil es für sie den Ernstfall gibt, für die Amerikaner hingegen nicht? Für sie auch andere Politik als «Détente», für den Westen jedoch keine Wahl?

Ähnlich wie Peter Bender argumentiert auch Ernst Otto Czempiel im Kommentar an der Spitze der Juni-Nummer der *Frankfurter Hefte* unter dem Titel «Moral und Strategie in der internationalen Politik». Was Amerika tue, um seine Interessen und Verpflichtungen wahrzunehmen, entfremde die Dritte Welt vom Westen.

Das Argument der weisen Zurückhaltung, des ruhigen, überlegenen «Wirkenlassens» weckt die Erinnerung an viele Kommentare, die im August 1968 nach dem sowjetischen Einmarsch in die Tschechoslowakei erschienen sind. Nunmehr habe sich, so las man damals, ein Panzerkommunismus «entlarvt», der die Sowjetunion vor der gesamten Linken und Weltmeinung «blamiere». Das werde für sie und ihr Prestige schwerwiegende Folgen haben, sie moralisch isolieren und zum Umdenken zwingen.

Damals schrieb in *Le Monde* der Direktor der sowjetischen Agentur Nowosti, dieser Einmarsch werde ganz im Gegenteil den Respekt vor seinem Land verstärken, weil er beweise, dass die Sowjets es ernst meinen und keine Konsequenzen scheuen. Gegenüber den subtilen Betrachtungen meiner Kollegen – oft Freunde – gab ich dem Mann von Nowosti sofort recht. Dass eine Machtentfaltung, die jedes Risiko und Odium auf sich nahm, dem Staat, der sie wagte, nicht schaden, sondern nützen würde, schien mir evident. Genau so kam es. Die Entspannungspolitik, die später mit wachsenden Rüstungsausgaben Moskaus, mit gemindertem Verteidigungsbudget der USA zusammenfiel, folgte schnell auf die Besetzung der Tschechoslowakei.

Die Vorstellung, dass neutrale, aber die Verlagerung der Gewichte sehr genau beachtende Staaten eine ungehinderte Machtentfaltung, die Besetzung eines formell souveränen Staates – faktisch war Afghanistan das freilich längst nicht mehr! – von nun an immer schärfer verurteilen würden, während sie die Abstinenz der andern Weltmacht als Zeichen von Reife, von Überwindung neurotischer Unbeherrschtheit auslegen würden, ist mindestens nicht selbstverständlich. Nicht jede scharfe Reaktion ist neurotisch, nicht jeder Verzicht auf Handeln ein Beweis überlegener Ruhe. Wenn er als Schwäche und Passivität

verstanden wird, dürfte er kaum Sympathien gewinnen.

Von diesem Absatz blättere ich zurück zu den andern vierzehn Fragezeichen, die ich an den Rand des schnell von *«Der Spiegel»* nachgedruckten Aufsatzes gekritzelt hatte. Im folgenden Zitat ist auf das Wort *«vermutlich»* zu achten. «Der Kreml (...) hatte sich vermutlich nicht allzuviel dabei gedacht, als er in Angola eine Befreiungsbewegung unterstützte, die vorher den Westen vergeblich um Hilfe gebeten hatte.»

Die Mutmassung, der Kreml habe, als er die Errichtung sowjethöriger Diktaturen in Äthiopien und Angola entscheidend förderte – allerdings noch nicht, ich komme da auf den zuerstzitierten Satz zurück, «mit eigenen Truppen» – nicht viel dabei gedacht, ist ein wenig mutwillig, denn was wissen wir von den Gedanken oder Gedankenlosigkeiten einer Staatsführung, deren langfristige Planung von einem erfahrenen, unabsetzbaren Aussenminister verkörpert wird?

Dazu kommt eine Informationslücke. In Angola gab es mehrere Befreiungsbewegungen. Eine nichtkommunistische Bewegung war breiter, erhielt aber von Washington weder Hilfe noch Ermutigung – es war die Zeit, als UN-Botschafter Andrew Young die Kubaner als «Ordnungsmacht in Afrika» feierte. Ganz unneurotisch also.

Im folgenden Satz achte man auf das Wörtchen *«wohl»*: «Der Kreml selbst betrachtet seine berühmten SS-20 zunächst wohl wirklich nur als technische Modernisierung seiner Mittelstreckenraketen in Europa – sicher ist das allerdings nicht.»

Die Relativierung durch den Nachsatz führt scheinbar ein Moment der Objektivität in eine Reflexion ein, die von der Sprache her als Wunschdenken erkennbar ist. Noch kein Kenner der langfristigen militärischen Planung der Sowjetführung hat bei ihr je soviel Harmlosigkeit vermutet.

Noch beachtenwerter ist der folgende Absatz: «Umgekehrt wollten die Amerikaner, und auch viele Westeuropäer, nicht verstehen, oder nicht wahrhaben, dass sie mit der NATO-Antwort auf die SS-20 nicht nur militärisch, sondern auch politisch eine weitere Eskalationsstufe erstiegen.»

Hier die Motivierung dieser These: «Die SS-20 schiessen nach Westeuropa und nicht nach Amerika, die Pershing II und die Cruise Missiles erreichen die Sowjetunion selber.» Da wird – oder täusche ich mich? – die Abkoppelung zwischen einer sich selbst verteidigenden «Festung Amerika» und einem der bisherigen Elemente des militärischen Gleichgewichts verlustig gehenden Westeuropa befürwortet.

Bisher gab es bei den Europäern Sorge, dass die Amerikaner nur auf die Bedrohung des eigenen Territoriums reagieren, ihre Bündnispflicht gegenüber den europäischen Partnern nicht erfüllen würden. Eben dazu werden nun die Amerikaner direkt aufgefordert, denn jene Verkoppelung, ohne die die Europäer der Automatik einer Antwort auf Angriff, der Abschreckung nicht mehr gewiss sein können, gilt als Eskalierung, als weitere Evidenz dafür, wie neurotisch doch dieser amerikanische Riese herumtappt, jedes Augenmass und jede Weisheit vermissen lässt. Eine Weisheit, die die Europäer durch «Erfah-

rung zweier sinnloser Kriege» erworben haben.

Im folgenden Satz ist das Wort «*vielleicht*» zu beachten: «Die Amerikaner – aber ebenso sämtliche Parteien des Bundestags – erregen sich über die Störung des Gleichgewichts in der Welt, weil die Sowjetunion in Afghanistan einen grausamen Krieg führt und dort vielleicht ihr Vietnam erlebt.»

Der Nordvietnam, der sich inzwischen Südvietnam und Kambodscha einverleibt hat, genoss stets die militärische Unterstützung durch die Sowjetunion und China. Was in Afghanistan – auch in westlichen Medien – «Rebellen» genannt wird, waren damals «Patrioten». Ohne mächtige Bundesgenossen hätte Nordvietnam nicht gesiegt. Der Vergleich mit Afghanistan wird vielleicht sinnvoll, wenn die Afghanen ebenso engagierte Bundesgenossen finden. Doch das wäre gerade jene Intervention, vor der Peter Bender warnt, und die angeblich auf die Dritte Welt abstossend wirken müsste. Jedenfalls: ohne Waffenhilfe für das überfallene Afghanistan kein sowjetisches Vietnam. Mag der Widerstand noch so lange anhalten, der Ausgang ist gewiss.

Nunmehr folgt der Rat, der Westen solle doch die Sowjetunion «sich totlaufen lassen», möge darauf vertrauen, dass Moskau «das Schicksal der alten Kolonialmächte erleiden» werde, dass sich die «überlegene Wirtschaftskraft des Westens» am Ende «meist» durchsetzte.

Da ist die Frage erlaubt, nach wie vielen Angola, Äthiopien, Südjemen, Afghanistan ein erfolgreiches Vorwärtsdrängen zu einem «Sichtotlaufen» wird. Statt vernünftiger Gelassenheit habe man «Aufgeregtheit ohne Grund» erlebt – ja, so steht es da: «ohne Grund» – und das «nicht nur in Amerika, sondern teilweise sogar in Westeuropa».

Die «neurotischen Riesen» des Titels – sind sie wirklich mit diesem der Medizin entlehnten Begriff treffend charakterisiert? Die Kontinuierlichkeit der sowjetischen Rüstungsanstrengung, gegenüber welcher Amerikas Auf- und Abrüstung so sprunghaft wirkt, das gletscherhaft langsame Vordringen, wo der Widerstand am geringsten ist, die Wahrung der von Volksaufständen bedrohten Einflussbereiche – das alles wirkt eher zweckrational, genau kalkuliert, als neurotisch.

Der amerikanische Hang zum Alles oder Nichts, zur emotionalen Verherrlichung der einen, Dämonisierung der andern, zu Über- und zu Unterreaktionen, mit zu wenig weltpolitischem «Professionalismus», mit zu grosser Abhängigkeit von öffentlicher Meinung und Einzelinteressen ist beklagenswert, aber kein Nervenleiden.

Peter Benders Formulierung ist dazu angetan, den Europäer politisch zu beunruhigen, aber geistig zu befriedigen, ihm ein Gefühl tieferer Einsicht und kontrollierteren Handelns zu geben, das der Wirklichkeit nicht ganz entspricht. Und überhaupt: Amerikaner und Sowjets mit ihren so verschiedenen Eigenarten, Strukturen und Zielen durchaus gleichgestellt! Hatte Blaise Pascal nicht recht, als er vor den Gefahren der falschen Symmetrie warnte?

François Bondy